

Reflexion als Programm. Grundsatzdebatten der Kulturpolitischen Gesellschaft

Norbert Sievers

Die jahrzehntelange Existenz der Kulturpolitischen Gesellschaft ist nicht selbstverständlich. Ihre fragile organisationspolitische Identität als zivilgesellschaftliche Organisation zwischen einem klassischen Interessenverband, einer »public interest group«, einem »Netzwerk«, einer »Plattform« oder einem »Think-Tank« war alles andere als eine Bestandsgarantie. Es ist dem Selbstverständnis der Gründergeneration zu verdanken, dass eine periodische Selbstvergewisserung zur bestandssichernden Produktivkraft der Organisationsentwicklung wurde. Wenn es nicht gelungen wäre, die Bestandsbedingungen und -perspektiven in Struktur- und Programmdebatten immer wieder zu vergegenwärtigen und zu diskutieren, wäre die KuPoGe möglicherweise keine 50 Jahre alt geworden. Reflexion war ein Ansporn und Anspruch für die Verbandsentwicklung und wurde als Mittel systematisch und strategisch eingesetzt.¹

Das Grundsatzpapier von 1976

Schon in der Entstehungsphase des ersten Grundsatzprogramms, an dem neben Olaf Schwencke und Dieter Baacke unter anderem auch Hermann Glaser und der Zukunftsforscher und Umweltaktivist Robert Jungk beteiligt waren, gab es mehrjährige intensive Debatten (vgl. Sievers 2026: 39–42). Inhaltlich hat das Programm für damalige Verhältnisse Neuland betreten, weil es den erweiterten Kulturbegriff zugrunde legte, indem es Kultur als »Methode des menschlichen Zusammenlebens« definierte und sich klar zum Inklusionspostulat (»Kultur für alle«) bekannte. Bemerkenswert sind ferner die »Leitbegriffe«, die der kulturpolitischen Diskussion vorgegeben wurden: »Emanzipation, Kreativität, Partizipation, Humanisierung, Identitätsfindung« (Sievers 1988: 291). Daraus wird erkennbar, dass bereits das Grundsatzpapier spätmoderne Züge aufwies, weil das Papier sehr klar auf den postmaterialistischen Wertewandel in der Gesellschaft

1 Damit hatte die KuPoGe schon früh einen strategischen Ansatz, der in der aktuellen Verbandstheorie als »normatives Management« bezeichnet wird (vgl. dazu Sievers 2026: 19).

reagierte, der als Kennzeichen einer post- oder spätmodernen Entwicklung angenommen wird (vgl. Reckwitz 2017: 12, 18).

Postmoderne Anklänge können auch darin erkannt werden, dass der »– immer vorhandenen Tendenz zur inhaltlichen, formalen und institutionellen ›Festschreibung‹« entgegengewirkt werden sollte. Den Bedürfnissen nach »populären«, »alltäglichen« oder unterhaltenden Inhalten und Formen« seien zu akzeptieren und »außeralltägliche, spirituelle und rituelle Erfahrungen nicht (zu) vernachlässigen« (Sievers 1988: 290).² Dies verweist auf ein offenes Konzept, das auch als Zeichen für die »Logik des Besonderen« oder das »Regime des Neuen« (Andreas Reckwitz) interpretiert werden kann, die für die Spätmoderne typisch sind. Neoliberale Tendenzen gab es dagegen noch nicht. Vielmehr wollte man der »zunehmenden Vermarktung kultureller Angebote« vor allem im Freizeitbereich entgegentreten. Auch der Begriff der »Angebotsvielfalt« war nicht vorbehaltlos, insofern damit kein »sammelsurisch-beliebiger Pluralismus« verstanden werden sollte. Die kulturellen Angebote seien vielmehr nach ihrem »sozialen Gebrauchswert« zu beurteilen. Dies spricht für eine hintergründige »Ethik«, die mit der Neuen Kulturpolitik immer verbunden war.

Kulturpolitisch markierte das Programm vor allem die Defizite der alten westdeutschen Kulturpolitik. Angemahnt wurden »Alternativen« zum bestehenden Kulturbetrieb, wobei dies so verstanden werden sollte, dass es darum gehe, »das kulturelle Spektrum in unserem Lande zu erweitern« und den »kulturellen Professionalismus wieder mit kulturellen Bedürfnissen breiter Kreise der Bevölkerung zu verbinden«. Kulturpolitische Alternativen zu wollen, bedeute nicht, »vorhandene kulturelle Einrichtungen zu verneinen«. Sie gehörten in ein Entwicklungskonzept von Kulturpolitik zweifellos ebenso hinein wie die neuen Formen kultureller Initiativen³ (KuPoGe 1976). Es gab also programmatisch keine dezidierte Gegnerschaft zum traditionellen Kulturbetrieb, was der KuPoGe jahrzehntelang unterstellt worden ist. Aufschlussreich ist dafür auch ein Gespräch von Vertretern der Kulturpolitischen Gesellschaft im Kulturausschuss des Deutschen Städtetages im Jahr 1980, dessen Vorsitzender damals der Nürnberger Kulturreferent Hermann Glaser war. Es ging um die Vereinbarkeit der KuPoGe-Positionen mit den Auffassungen im Kulturausschuss, insbesondere wegen des Begriffs »alternative Kulturarbeit«. Dabei wurde klar herausgestellt, dass es sich bei der mit diesem Begriff verbundenen kulturellen Praxis um »ergänzende Angebote« handeln müsse und nicht etwa um eine »Anstatt-Kultur«. Aufgabe der Kulturpolitischen Gesellschaft sei, »das Spektrum der Kulturarbeit zu öffnen und zu erweitern« und dafür mehr öffentliche Mittel einzufordern (Deutscher Städtetag 1980: 23).⁴ Schon wenige

2 Vor allem an dem Bedürfnisbegriff entzündete sich Kritik. Es gab im Hintergrund durchaus Diskussionen um Begriffe (z. B. Subjekt – Objekt; Bedürfnis – Interesse), die die gesellschaftstheoretischen Debatten in dieser Zeit des Übergangs von der Industrie- zur Spätmoderne spiegelten.

3 Zu dieser wichtigen Frage gab es im Vorfeld der Verbandsgründung einen Disput, weil der designierte Präsident Olaf Schwencke damals der Meinung war, dass die Reform des Kulturbetriebs von den »Alternativen« her gedacht und durchgesetzt werden müsse und nicht von den etablierten Institutionen (vgl. Sievers 2026: 53f.).

4 Auf diesen Kompromiss konnte man sich vielleicht auch deshalb einigen, weil Olaf Schwencke ins Feld führte, dass die »überproportionale Mittelbindung der traditionellen Kulturinstitute nur dann zu verantworten sei, wenn es daneben auch genügend alternative Angebote gebe« (ebd.). An dem

Jahre nach der Gründung der Kulturpolitischen Gesellschaft und der Verabschiedung des Grundsatzpapiers im Jahr 1976, das eine hohe Bedeutung für die programmatische Identität und die Mitgliederbindung hatte⁵, gab es den ersten Anlauf, das Grundsatzpapier zu diskutieren. Initiator*innen dafür waren unter anderem die damalige Vizepräsidentin Karla Fohrbeck und Vorstandsmitglied Siegfried Hummel, die sich in zwei Beiträgen für die Kulturpolitischen Mitteilungen für einen anthropologischen Kulturbegriff (»Jeder Mensch hat Kultur«) starkmachten und sich dafür einsetzten, die Programmformel »Kultur für alle« um ein »von« zu ergänzen und zukünftig von »Kultur von allen und Kulturpolitik für alle« zu sprechen (vgl. Fohrbeck 1979: 9). Siegfried Hummel ging noch weiter, indem er für die Kulturpolitik formulierte: »Alle Kulturen dürfen nur aus dem sozialen Umfeld heraus, in dem sie entstanden, und nur aus der Sicht derer, für deren Unterhaltung, Kommunikation und Bildung sie wichtig sind, gesellschaftlich bewertet werden.« Die Kulturwicklung der öffentlichen Hände hätte deshalb auch »solche Kulturen gleichrangig zu berücksichtigen, die bisher als solche gar nicht erkannt, geringgeschätzt oder einfach übersehen wurden« (Hummel 1979: 5).

Möglicherweise hat es auch mit diesem formalen, deskriptiven Begriff von »Kultur als Lebensweise« und einer damit verbundenen Entgrenzung des Kulturpolitikbegriffs zu tun, dass eine vereinsinterne Programmdebatte aus diesem Impuls damals nicht entstanden ist, zumal die KuPoGe eher dem normativen Kulturbegriff der Aufklärung verpflichtet war und die kulturpraktische Umsetzung in der geforderten Konsequenz kaum möglich gewesen wäre. Aber der (anthropologisch) erweiterte Kulturbegriff, der auch die Alltagskultur der Menschen umfasste und eine beteiligungsorientierte Kulturpolitik begründete, hat sich in den kulturpolitischen Debatten und in der Kulturpolitischen Gesellschaft seither durchgesetzt und war in der Folge außerordentlich wirkungsvoll, weil er neue Ansprüche und Handlungsoptionen eröffnete (siehe Sievers in Kapitel I). Allerdings hat er auch diskursive Omnipotenzfantasien beflügelt, einer »additiven Kulturpolitik« das legitimatorische Feld bereitet und zu einer Koexistenz eines normativen und empirischen Kulturverständnisses geführt, was immer wieder Irritationen im kulturpolitischen Diskurs ausgelöst hat und bei theorieinteressierten Mitgliedern zu der Kritik führte, die KuPoGe sei nicht begriffssicher unterwegs (vgl. Fuchs 1991: 46).⁶ Gesellschaftstheoretisch ist indes auch eine andere Lesart möglich, wenn diese Entwicklung als Ausdruck des »apertistisch-differenziellen Liberalismus der Spätmoderne« gelesen wird, der mit einer »Öffnung, Entgrenzung und Deregulierung des Sozialen« einherging (Reckwitz 2017: 375). Insofern war der weite Kulturbegriff und eine auf Öffnung, Entgrenzung und Vielfalt setzende Kulturpolitik eine logische Folge der spätmodernen Entwicklung.

Gespräch nahmen seitens der Kulturpolitischen Gesellschaft Präsident Olaf Schwencke und Vizepräsident Wolf-Peter Schnetz teil, der als Kulturreferent der Stadt Erlangen und gleichzeitig Mitglied des Städtetagsausschusses eine Doppelrolle hatte (vgl. Deutscher Städtetag 1980).

5 In den ersten Jahren mussten die Personen, die der Kulturpolitischen Gesellschaft beitraten, ihr Einverständnis mit den Inhalten des Grundsatzpapiers per Unterschrift erklären.

6 Auf dieses Problem hat Bernd Wagner schon früh hingewiesen (vgl. Wagner 1991).

Die Programmdebatte in den 1980er Jahren

Systematischer angelegt war der Versuch, anlässlich des zehnten Jubiläums im Jahr 1986 ein neues Grundsatzprogramm zu verabschieden. Die Zeit habe sich gewandelt, war auch damals der Tenor. »Neue Probleme, neue Gefahren und neue Einsichten« und die neokonservative Wende der Kohl-Regierung waren dafür der Hintergrund. »Uns beschäftigt die Bedrohung des Friedens, die Zerstörung der Umwelt und die Arbeitslosigkeit mehr als die Demokratisierung der Gesellschaft.« Die seinerzeitige gesellschaftliche Reformeuphorie sei »längst verflogen«, erklärte KuPoGe-Präsident Olaf Schwencke in seinem Motivierungsartikel für die Grundsatzdebatte in den kulturpolitischen Mitteilungen (Schwencke 1985: 2). Zuvor hatte es eine Klausursitzung im Hagener Hohenhof gegeben, in der wichtige Themen angesprochen worden waren, die in ein neues Programm aufzunehmen seien. Konstatiert wurde zunächst der »ungeheure Bedeutungszuwachs der Kultur und Kulturpolitik«, der mit der neuen Partnerschaft von Wirtschaft und Kultur und einem gewachsenen »Kulturpopulismus« einhergehe, demgegenüber der »Eigensinn der Künste« zu verteidigen sei. Auch die Gefahr der Instrumentalisierung der Künste durch wirtschaftliche Interessen wurde thematisiert. Und es war vom »Ende der Industriegesellschaft«, vom Wertewandel und von der neuen Bedeutung des individuellen Lebensstils die Rede, obwohl »diese Einschätzungen einer wertegewandelten, nachindustriellen Gesellschaft« offenbar nicht bei allen Beteiligten auf ungeteilte Zustimmung stießen (vgl. Sievers 1985).

In den kulturpolitischen Mitteilungen gab es kontroverse Beiträge. Bemerkenswert ist etwa der Artikel von KuPoGe-Vorstandsmitglied Dieter Kramer (1980–1997), der damals in der kulturpolitischen Debatte sehr präsent war. Er setzte sich darin kritisch mit dem anthropologischen Verständnis von Kultur (»Jeder Mensch hat Kultur«) als Grundlage für die Kulturpolitik auseinander, wie es ein paar Jahre vorher von Karla Fohrbeck und Siegfried Hummel vertreten wurde (siehe oben). Dieses könne zwar einerseits »kulturellen Pluralismus« befördern, andererseits passten sie aber auch in ein »neokonservatives Konzept« einer kulturell separierten Gesellschaft. Demgegenüber sei auf die »Einheit der Kultur« zu insistieren (Kramer 1986: 10). Einen anderen Ton schlug Hajo Cornel an, als er die Popularisierung und den Inszenierungsdrang in dieser Zeit anprangerte und angesichts einer »Kultur für alles« von der »Stillstellung der Kultur bei forciertem Betrieb« sprach (Cornel 1986: 4; siehe auch Wagner in Kapitel II). Zumindest diese Mitglieder wollten auf dem postmodern »schwankenden Grund der Sinnlichkeit, der Subjektivität, der Irritation und der Wandelbarkeit« nicht vollends bauen, was Eva Krings bei den Protagonisten der Neuen Kulturpolitik der 1970er/1980er Jahre generell vermutete (vgl. Krings 1994: 317).

Die Grundsatzdebatte führte letztlich zu keinem neuen Programm, aber sie hat die Programmdebatte und das Tagungsprogramm der KuPoGe der folgenden Jahre beeinflusst, weil sie einige Themen dafür aufgerufen hatte. So ist die Auseinandersetzung mit dem »neuen Interesse an der Kultur«, dem proklamierten »Wirtschaftsfaktor Kultur«, den Formeln wie »high tech – high culture« (Lothar Späth) sowie mit den postmodernen und neoliberalen Tendenzen, die darin erkennbar waren, auch auf diese Debatte zurückzuführen. Der »Kulturrummel«, der Bedeutungsgewinn der »neuen Freunde« aus der Wirtschaft und die »Ästhetisierung des Alltags« wurden skeptisch bis ablehnend zur

Kenntnis genommen (vgl. Wagner 1991: 97, siehe auch Wagner in Kapitel II). Hier artikuliert sich ein Unbehagen gegenüber dem weiten, nicht-normativen Kulturbegriff, weil es der »Logik des Besonderen« Tür und Tor öffnete und den Allgemeinheitsanspruch der Kulturpolitik gefährdete. Aufgegriffen wurde dieses Unbehagen in der großen Tagung »Das neue Interesse an der Kultur« in Kooperation mit der Universität Oldenburg im November 1988 (vgl. Cornel/Knigge 1990) sowie später in den »Bausteinen für eine kommunikativ und ökologisch orientierte Kulturpolitik« (vgl. Krings et al. 1990), die auch in den Kulturpolitischen Mitteilungen intensiv diskutiert wurden. Diese Debatten und vor allem die »Bausteine« waren es, die die Inhalte und die Blaupause liefern sollten für die Formulierung des ersten neuen Grundsatzprogramms im Jahr 1998. Doch vorher gab es einen intensiven Diskussionsprozess.

Die Programmdebatte in den 1990er Jahren

Ein wichtiger Meilenstein für die Programmdebatte in den 1990er Jahren war der Kongress »Blick zurück nach vorn. Zwanzig Jahre Neue Kulturpolitik« im Jahr 1993 in Dortmund (vgl. Sievers/Wagner 1994). Die gründlich und aufwendig vorbereitete Tagung hielt, was sie im Titel versprach. So wurde sie nicht nur als Anlass genutzt, um die programmatischen Essentials der Neuen Kulturpolitik noch einmal in Erinnerung zu rufen, sondern auch, um neue inhaltliche Akzente für das eigene kulturpolitische Selbstverständnis zu setzen. Es wurden zehn Thesen als »Dortmunder Appell« zur »Modernisierung der Kulturpolitik« erarbeitet, die die Inhalte der Modernisierungsdebatte Ende der 1980er Jahre und insbesondere der »Bausteine« (siehe oben) aufnahmen. Kennzeichnend war die klare Bezugnahme des Thesenpapiers auf eine »längst überfällige« Strukturreform der Kultureinrichtungen und der Kulturverwaltungen – nicht zuletzt unter dem Eindruck der Krise der öffentlichen Haushalte und der damals schon diskutierten Kulturverwaltungsreform (siehe den Beitrag von Dieter Rossmeissl in diesem Buch). Angemahnt wurde eine grundlegende »Aufgaben- und Prioritätendiskussion, an deren Ende sicher auch schmerzhaft Entscheidungen und Umschichtungen in den Kulturhaushalten stehen werden« (KuPoGe 1993: 2).

Inhaltlich bemerkenswert war die Ergänzung des Gleichheitspostulats der Neuen Kulturpolitik (»Bürgerrecht Kultur«) durch den Begriff der Differenz. Angesichts der Pluralisierung von Lebensstilen und sozial-kulturellen Milieus gelte es, eine »Kultur der Differenz« zu fördern, was aber nicht bedeuten dürfe, »jeder Kultur ihre separaten Nischen und Milieus zuzugestehen und Begegnungen und gemeinsame Bezugspunkte zu meiden« (ebd.: 4). Vor allem vor dem Hintergrund der multikulturellen Realitäten begann dann verbandsintern eine langjährige Debatte der Kulturpolitischen Gesellschaft zur Integration inter- und multikultureller Perspektiven in der Kulturpolitik. Den Startschuss gab dazu nicht zuletzt Beate Winkler (1994–1997 KuPoGe-Vorstandsmitglied), die der deutschen Kulturpolitik im Rahmen ihres Kongressvortrags einen »blinden Fleck« mit Blick auf die damit verbundenen Fragen attestiert hatte (vgl. Winkler 1994 sowie Winkler und Kolland in diesem Buch). Diese inhaltliche Akzentsetzung und die Erfordernisse, die sich aus der deutschen Vereinigung ergaben, waren unter anderem ein Antrieb für die Programmdebatte im Verband, die auch intensiv geführt wurde.

Einen Impuls dafür hatten Eva Krings und Bernd Wagner im Jahr 1992 mit ihrem Modernisierungspapier gegeben (vgl. Krings/Wagner 1992). Bezugnehmend auf die Dissertation von Norbert Sievers (1988) plädierten sie dafür, den Grundkonsens der KuPoGe zu überprüfen, weil das »Wir-Gefühl« der kulturpolitischen Aufbruchszeit inzwischen verblasst« sei und für immer mehr Aktive und Mitglieder »die Tradition der Kulturpolitischen Gesellschaft nur noch wenig mit eigenen Erfahrungen« korrespondiere. Auch mit Blick auf die neuen Bundesländer und deren kulturpolitische Probleme sei eine Überprüfung der Programmatik angezeigt (ebd.: 2). Auf der Mitgliederversammlung im Jahr 1994 in Essen wurde eine Programm- und Struktur-AG konstituiert, die den Auftrag hatte, bis zur nächsten Mitgliederversammlung im Jahre 1996 ein neues Programm zu entwerfen. So schnell ging es dann nicht. Dafür wurde das zwanzigjährige KuPoGe-Jubiläum im Jahr 1996 in Hagen genutzt, um einen »Zwischenstand« zur Programmdebatte zu diskutieren und in der »Hagener Erklärung«⁷ zu formulieren (vgl. KuPoGe 1996 sowie Goldmann 1996), die bereits wichtige Essentials des neuen Grundsatzprogramms von 1998 enthielt.⁸

Zuvor hatte Bernd Wagner, der Anfang der 1990er Jahre zur KuPoGe gekommen war, die inhaltlichen Herausforderungen für die Programmdebatte umrissen. Es gelte, eine dreifache Krise zu diskutieren: eine finanzielle, eine strukturelle und eine konzeptionelle, ohne dabei in eine »Traditionalismusfalle« oder eine »Modernisierungsfalle« zu tappen (Wagner 1995: 10; vgl. auch Wagner 1991: 46). Um die Programmdebatte theoretisch zu untermauern, wurden sieben Expert*innen (alles KuPoGe-Mitglieder) eingeladen, sich in einem Schwerpunkt der Kulturpolitischen Mitteilungen dazu zu äußern.⁹ Der Plan ging auf. Es ist im Nachhinein erstaunlich, wie viele Fragen und Probleme schon damals diskutiert wurden, die auch heute noch virulent sind. Dies zeigt, wie systematisch der Programmdiskurs geführt wurde. Getrübt wird diese Feststellung allerdings dadurch, dass die Situation der Kultur und Kulturpolitik in den damals neuen Bundesländern in der Programmdebatte keine große Rolle spielte und im neuen Programm nicht einmal explizit erwähnt wurde.¹⁰ Drei Jahre später (1998) konnte nach ausführlicher Debatte in den Regional- und Landesgruppen und einem Workshop in der Akademie Remscheid im September 1996 auf Zeche Zollverein in Essen auf einer

7 Die Hagener Erklärung war somit eine Art Vorstufe zum 1998er-Grundsatzprogramm. Sie wurde daher auch als »ZwischenStand« (Goldmann 1996) annonciert. Auch diese Vorstufe traf bereits auf eine positive Resonanz. So machte sie sich namentlich der Kulturausschuss des Deutschen Städtetages zu eigen.

8 Als Leitlinie für Kulturpolitik wird darin gefordert, »eine Kultur zu entwickeln, die Individualität **und** soziale Verantwortung, Freiheit **und** Menschenwürde ermöglicht, ohne dafür den Preis von Wachstumszwang und Zerstörung der Lebenswelt zahlen zu müssen« (KuPoGe 1996: 59).

9 Diese waren Margarethe Goldmann, Helga Trüpel, Max Fuchs, Beate Winkler, Dieter Kramer, Albrecht Göschel und er selbst (vgl. *Kulturpolitische Mitteilungen* Nr. 69 (H. 11/95): 10–46).

10 Dies kritisierte das damalige KuPoGe-Mitglied Dierk Hirschler zu Recht: »Mir scheint, dass die KuPoGe das Spezifische des Ostens in den letzten Jahren nahezu völlig aus dem Blick verlor und dementsprechend der Osten im kulturpolitischen Erscheinungsbild der Gesellschaft kaum noch Präsenz und Erwähnung findet.« (Hirschler 1998: 3) Vgl. dazu auch den Exkurs 1 in Sievers 2026.

außerordentlichen Mitgliederversammlung nach siebenstündiger Diskussion eine neue Grundsatzerklärung verabschiedet werden¹¹ (KuPoGe 1998).

Was war neu an dem 1998er-Programm?

Der programmatische Konsens dieses ersten Grundsatzprogramms nach dem Grundsatzpapier aus dem Jahr 1976 enthielt einige neue inhaltliche Akzente und nahm dabei wichtige Impulse aus der gesellschaftlichen Entwicklung und aus dem »Bausteine«-Papier von 1990, dem Thesenpapier von 1993 und der Hagener Erklärung von 1996 auf. In den Mittelpunkt gerückt wurden dabei die diskursive Verantwortung des Verbands, die Entwicklung von Leitbildern und Zielsetzungen und der »Erfahrungs- und Meinungsaustausch mit den Akteuren aus Kunst, Kultur und Kulturpolitik« (ebd.: 24). Kulturpolitisch nahm sich der Verband damit etwas zurück gegenüber der normativ-missionsorientierten Ausrichtung des Grundsatzpapiers von 1976. Angemahnt wurde, angesichts der neuen Herausforderungen im vereinten Deutschland und des gesellschaftlichen Strukturwandels einen »neuen Konsens in der kulturpolitischen Praxis« zu schaffen und »zukunftsorientierte Schwerpunkte« zu setzen (ebd.: 25) und dabei eine Moderationsrolle einzunehmen, ohne sich darauf zu beschränken. Es gab also eine Moduserweiterung einer ohnehin diskussionsfreudigen Gesellschaft hin zu noch mehr Dialog und Moderation und – korrespondierend damit – zu einer weniger stark ausgeprägten normativen Positionierung.¹²

Inhaltlich stand das neue Programm in der Tradition des ersten Grundsatzpapiers von 1976, nahm aber wichtige neue gesellschaftliche Herausforderungen auf (z. B. Globalisierung und Regionalität, Individualisierung und kulturelle Differenz, multikulturelle Gesellschaft und interkultureller Dialog, neue Informations- und Kommunikationstechnologien, Naturzerstörung und zukunftsfähige Entwicklung), die den verbandspoliti-

11 Die Beteiligung der Mitglieder und des Vorstands an der Erstellung des neuen Grundsatzprogramms war außergewöhnlich intensiv und führte zu zahlreichen Änderungsvorschlägen, die von der Programm-AG unter der Leitung von Vizepräsidentin Margarethe Goldmann (weitere Mitglieder: Hildegard Matthäus, MdL, Beate Winkler, Dieter Kramer, Herbert Schirmer, Norbert Sievers, Bernd Wagner) einzuarbeiten waren. Den letzten Schliff gab ihm schließlich der neue Präsident Oliver Scheytt (vgl. Goldmann 1998). Dieser zeigte sich anschließend sehr zufrieden mit dem Ergebnis, weil es einen neuen »Grundkonsens« gebe »über Ziele und Aufgaben der Kulturpolitischen Gesellschaft als Basis für unsere Arbeit in der Zukunft« (Scheytt 1998). Vgl. zur Mitgliederversammlung die Mitgliederrundbriefe Nr. 20 und 21 (III und IV/1998) der Kulturpolitischen Gesellschaft.

12 Charakteristisch für diese vermittelnde Moderationsorientierung war unter anderem die Formulierung von Eva Krings, die KuPoGe sei keine »Ethikkommission des Modernisierungsprozesses«. Diese Position wurde indes nicht von allen KuPoGe-Mitgliedern geteilt. So mahnte etwa die KuPoGe-Landesgruppe Bayern an, »bei der Fortschreibung des Grundsatzprogramms eindeutige Positionen zu den konkreten Fragen heutiger Kulturpolitik einzunehmen und sich nicht – wie aus der »Hagener Erklärung« zu vermuten ist – auf eine Moderatorenrolle zurückzuziehen« (Schreiben v. 3.11.1996). Auch im KuPoGe-Vorstand und im o.g. Programm-Workshop gab es Stimmen, die mehr »Haltung« und »Positionierung« bzw. eine wertegeleitete Kulturpolitik einforderten (Protokoll der Klausursitzung am 16./17.1.1996; Protokoll des Programm-Workshops der KuPoGe am 12./13.9.1996; vgl. auch Fuchs 1995: 22).

schen Diskurs in den folgenden Jahrzehnten prägen sollten. Insofern hatte das 1998er-Programm in der Tat den Charakter eines *neuen* Grundsatzpapiers, das sich aber klar in die Tradition der Neuen Kulturpolitik¹³ stellte und mit dem wegweisende Themen und Leitvorstellungen vorgegeben wurden. Neu war darin unter anderem die Forderung, die Förderung der Frauen im Kunst- und Kulturbereich zu stärken. Der damals aktuellen Debatte entsprechend wurde die Empfehlung an die Kulturpolitik ausgegeben, für »neue Organisationsstrukturen und ein effizientes Management« im Kulturbetrieb zu sorgen (siehe den Beitrag von Dieter Rossmeißl in diesem Buch). Auch die Aussage, dass der Idee einer »kulturellen Homogenität« entgegenzutreten sei und dass es die Aufgabe der Kulturpolitik sei, »zum Verständnis der kulturellen Differenzen und damit zur Tolerierung und Anerkennung des Anderen und des Andersartigen beizutragen«, folgte der zeitaktuellen Diskussion. Dies war der Beginn eines langjährigen Engagements der KuPoGe zu Fragen der Integration und zu inter- und multikulturellen Perspektiven in der Kulturpolitik (siehe dazu die Beiträge von Kolland und Winkler im Kapitel II).

Als besonders zukunftsweisend sollte sich ferner die Problematisierung des Naturverhältnisses erweisen. Weil Kultur auch heiße, »wie wir leben wollen«, habe Kulturpolitik die Aufgabe, »die Frage einer ökologisch verantwortlichen Lebensweise zu thematisieren und Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung, Verlangsamung und Mußefähigkeit zur Aufgabe kulturpolitischen Handelns zu machen« (ebd.: 27). Es sollte zwei Jahrzehnte dauern, bis diese Herausforderung in der Kulturpolitik als ernst zu nehmende Aufgabe wahrgenommen wurde. In der KuPoGe-Mitgliedschaft war die Aufnahme solcher gesellschaftspolitischen Themen indes keineswegs ohne Widerspruch. So wurde etwa anlässlich eines Landestreffens der NRW-Mitglieder im Hagener Hohenhof im März 1996 kritisiert, dass der »ökologische Anspruch« in einem Grundsatzprogramm nichts zu suchen habe. Überhaupt leide der Programmwurf unter einem »Omnipotenzanspruch«. ¹⁴ Mit dem pragmatischeren Ansatz des 2012er-Programms wurden diese Bedenken zum Teil aufgegriffen.

Das 2012er-Grundsatzprogramm

Schon in den 2000er Jahren gab es Überlegungen, die alten Reformansprüche der Neuen Kulturpolitik zu überdenken und gegebenenfalls aus dieser Reformtradition auszuschleusen und mit neuen Begriffen, Leitvorstellungen und Programmformeln zu arbeiten. Vor allem KuPoGe-Präsident Oliver Scheytt war der Meinung, dass die Neue Kulturpolitik als Konzept eingelöst sei und deshalb keinen Reformanspruch mehr annonciieren würde, und plädierte deshalb für den Begriff »aktivierende Kulturpolitik« (Scheytt 2006). Doch dies hatte keine programmbezogenen Konsequenzen. Es hat sich gezeigt, dass es schwer

13 So werden in einer Art Präambel die Erfolge und Herausforderungen der Neuen Kulturpolitik dargestellt, um die anschließenden programmatischen Vorstellungen darauf aufbauend entfalten zu können. Als »Hauptleistung« der Neuen Kulturpolitik wird darin gesehen, »der Soziokultur als wichtigen Bereich des kulturellen Lebens und der Kulturpolitik Anerkennung verschafft zu haben« (KuPoGe 1998: 24).

14 Vgl. Protokoll des NRW-Landestreffens der KuPoGe am 3.3.1998.

ist, einen einmal geschaffenen programmatischen Konsens und dessen begriffliche Markierung grundsätzlich infrage zu stellen, zumal es auch Kritik an dem Konzept gab. So war es für die programmatische Stabilität zielführender, Offenheit durch die Aufnahme und Integration neuer Aspekte zu zeigen und die Balance zu halten zwischen Kontinuität und Innovation. Dies zeigte sich einige Jahre später.

Im Jahr 2010 beschloss der Vorstand, den programmatischen Konsens erneut auf seine Aktualität zu überprüfen und das Grundsatzprogramm einer Revision zu unterziehen. Der Erarbeitungs- und Diskussionsprozess war dieses Mal jedoch erheblich kürzer. Zwar wurden wiederum alle Regional- und Landesgruppen in die Diskussion einbezogen, aber es dauerte nicht einmal ein Jahr, bis der mitgliederinterne Diskussionsprozess abgeschlossen war. Vor allem Vorstandsmitglied Kurt Eichler und Geschäftsführer Norbert Sievers haben dann zusammen mit anderen Vorstandsmitgliedern einen überarbeiteten Entwurf vorgelegt, der vom Vorstand im Mai 2012 gebilligt und im Mitglieder-rundbrief verbandsintern veröffentlicht wurde, bevor er auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung im September 2012 in Berlin einstimmig verabschiedet werden konnte (vgl. KuPoGe 2012).

Diese erneute Anpassung des Grundsatzprogramms war weniger gravierend als die Überarbeitung von 1998. Die gesellschaftspolitische Problemanalyse bezog sich auf andere Herausforderungen. Neue Themen waren der demografische Wandel und seine Bedeutung für das Kulturpublikum und die Kultur- und Kreativitätswirtschaft. Die Moderationsrolle im trisektoralen Feld der Kulturpolitik wurde noch einmal betont, ebenso wie die Bedeutung des Kulturmanagements und die Notwendigkeit der Transformation der Kultureinrichtungen. Mit Blick auf die Digitalisierung wird die »Verteidigung der Netzneutralität auf allen Ebenen« gefordert. Bemerkenswert ist ferner, dass das Thema Nachhaltigkeit nunmehr ganz oben auf der kulturpolitischen Agenda stand. Die bereits früher formulierte interkulturelle und inklusive Ausrichtung wurde um den Aspekt der Gendergerechtigkeit ergänzt, und zum ersten Mal verständigte sich die KuPoGe darauf, ein Staatsziel Kultur im Grundgesetz und eine gesetzliche Verankerung der Kultur als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe der Kommunen zu fordern (vgl. KuPoGe 2012: 24–27.¹⁵

Insgesamt blieb auch das 2012er-Grundsatzprogramm der Tradition der Neuen Kulturpolitik verbunden, auch wenn es programmatisch schlanker und näher an den konkreten Bedarfen der Kulturpolitik orientiert war.

Die aktuelle Grundsatzdebatte

Es hat sicherlich weniger mit dem Inhalt und der Struktur des 2012er-Programms zu tun als mit einer turbulenter gewordenen kulturpolitischen Debatte (Stichworte: Populismus, Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Diversität, Klimakrise, Krieg etc.) und einer starken personellen Veränderung im Vorstand durch die Vorstandswahl im November 2018, dass bereits sieben Jahre später erneut ein Versuch gestartet wurde, das

15 Traditionell war die KuPoGe in dieser Frage eher zurückhaltend, weil sie darin eine Aushöhlung der »kommunalen Kulturhoheit« und der republikanischen Idee sah.

Grundsatzprogramm zu überarbeiten. Der neue Präsident Tobias J. Knoblich hatte nach seiner Wahl angekündigt, sich seiner ersten Präsidentenperiode (2018–2021) für diese Sache engagieren zu wollen. Der Vorstand bildete eine »AG Vision & Ziele«, die einige Male tagte, um die große Verbandserzählung im Sinne einer *neuen* Neuen Kulturpolitik weiterzudenken. Strittig war wieder die Frage, ob der Verband sich eher als »programmatische Bekenntnisgemeinschaft« oder »kritischer Diskursort« profilieren sollte oder ob in dieser Hinsicht eine Doppelrolle denkbar sei. Einige Personen der AG waren der Meinung, dass »Aspekte wie Diversität und Resilienz« in der Programmatik bislang »unterbelichtet« seien. Auch gab es die Auffassung, »Emanzipation« stünde nicht mehr im Zentrum der Diskurse, die Idee einer »Kultur für alle« müsse in einer pluralen Gesellschaft hinterfragt werden, ebenso wie das Konzept der »kulturellen Demokratisierung«, der Topos sei paternalistisch.¹⁶

Im Sommer 2021 legte der Präsident die ersten Thesen für ein neues Programm vor (vgl. Knoblich 2021), die coronabedingt in etlichen Zoom-Konferenzen mit Mitgliedern Ende 2021 diskutiert wurden, nachdem sie im Frühjahr auch im Vorstand schon diskutiert worden waren und in überarbeiteter Form bei der konstituierenden Vorstandssitzung im Februar 2023 erneut auf der Tagesordnung standen. Sie sollten dann im Rahmen der Vorbereitungen auf das fünfzigjährige Jubiläum im Jahr 2026 systematisch aufgegriffen werden. Im Herbst 2023 hatte KuPoGe-Präsident Tobias J. Knoblich in den Kulturpolitischen Mitteilungen einen programmatischen Text veröffentlicht, den er auch als Einladung an die KuPoGe-Mitglieder verstand, sich an der Debatte zu beteiligen (vgl. Knoblich 2023; auch Knoblich 2025).

Im Zentrum stand für Knoblich dabei »die Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Transformationsprozesse« angesichts der »Megatrends, die als Transformationstreiber wirken«: »(1) Ressourcenknappheit, Umweltbewusstsein und Nachhaltigkeit (Klimawandel, Leben mit der Welt/Begrenzung), (2) Technologischer Fortschritt (Digitalität, KI), (3) Globalisierung und soziale Veränderungen (Wertewandel, Migration), (4) Demografische Veränderungen (Alterung, Segregation) und (5) Urbanisierung (weltweite Verstädterung, Nobilität).« Einzuordnen seien die Trends in den Kontext einer »Zeitenwende«, die eine große Transformation erforderlich mache und mit einer »Krise der Demokratie« sowie einer »Transformation der gesellschaftlichen Erzählung« verbunden sei, in der Nachhaltigkeit als »kulturelle Revolution« aufgefasst wird. Wegweisend sei – so der KuPoGe-Präsident – eine Kulturpolitik, die »Transformation und Adaption« verbindet. Knoblich greift dabei ein Narrativ auf, das mit den »Bausteinen« in die KuPoGe-Welt kam und in den letzten Jahren vor allem angesichts des Klimawandels verbandsintern immer wieder ein Thema war: die Infragestellung des Fortschrittsbegriffs der Moderne und des darin innewohnenden Steigerungszwangs, ein Plädoyer für die Begrenzung statt Entgrenzung, die Rehabilitierung des Sozialen, die Kritik an einer übersteigerten Individualisierung in der Spätmoderne und schließlich das Ende der additiven Kulturpolitik (vgl. Knoblich 2023: 57f.).¹⁷

16 Zitiert aus dem Protokoll der AG-Sitzung am 10. Juli 2020 (unveröff.)

17 Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Artikel in den Kulturpolitischen Mitteilungen von Dieter Kramer als Reaktion auf das »Bausteine«-Papier, weil er viele Argumente enthält, die auch heute noch im Nachhaltigkeitsdiskurs der Kulturpolitik aktuell sind (vgl. Kramer 1991).

Die Stichworte für die neue Programmdebatte waren damit gesetzt und ließen eine strittige Diskussion erwarten, weil die thematische »Ansaage« auch an Grundüberzeugungen der (postmodernen) Neuen Kulturpolitik rüttelte. Doch der Impuls blieb zunächst undiskutiert und ohne Wirkung. Im Frühjahr 2024 hatte Norbert Sievers in den Kulturpolitischen Mitteilungen einen Beitrag zur Geschichte der KuPoGe-Programmdebatten veröffentlicht (Sievers 2024). Im Sommer 2025 wurde dann die Programm-AG wieder reaktiviert und im Oktober verständigte sich der Vorstand darauf, das Jubiläumsjahr 2026 zu nutzen, um ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten, was die 20. Ordentliche Mitgliederversammlung am 8. November 2025 noch einmal bestätigte. Das 71. Kulturpolitische Kolloquium zum Thema »Bilanz ziehen – Kurs setzen. Grundzüge einer resilienten Kulturpolitik« im Februar 2026 ist dafür eine erste wichtige Station.

Es bleibt abzuwarten, ob es gelingt, bis zum Jubiläum im Juni 2026 einen neuen Konsens herzustellen, der die Herausforderungen einer neuen Epoche aufzunehmen hätte, die alle bisherigen programmatischen Anpassungen in der 50-jährigen KuPoGe-Geschichte in den Schatten stellt. Es geht um nichts Geringeres als darum, die von Andreas Reckwitz diskursiv ins Spiel gebrachte »nachmoderne Formation«, die die »Spätmoderne« ablösen könnte, zumindest als Möglichkeit zu denken und die Diskursivität der demokratischen Kräfte im Sinne einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft zu behaupten. Ob das gelingt, ist ungewiss. Fahrlässig wäre es, es nicht zu versuchen. Sicher ist indes, dass die Debatte strittig und umkämpft sein wird.

Literatur

- Cornel, Hajo; Volkhard Knigge (Hg.) (1990): *Das neue Interesse an der Kultur*, Hagen: Kulturpolitische Gesellschaft e.V. (Dokumentation 34)
- Cornel, Hajo (1986): »Grundsatzdiskussion in der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 33, II/1986, S. 3f.
- Fohrbeck, Karla (1979): »Thesen zur Überarbeitung des Grundsatzpapiers«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 5, II/1979, S. 9
- Fuchs, Max (1995): »Für eine offensive Kulturpolitik. Ein Plädoyer«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 69, II/1995, S. 22–25
- Fuchs, Max (1991): »Anmerkungen zu den »Bausteinen««, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 54, III/1991, S. 46–48
- Goldmann, Margarethe (1998): »Ein neues Programm der Kulturpolitischen Gesellschaft«, in: *Mitgliederrundbrief* Nr. 21, IV/1998, S. 2–4
- Goldmann, Margarethe (1996): »ZwischenStand«. Die Hagerer Erklärung in der Diskussion«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 74, III/1996, S. 56f.
- Hierschler, Dirk (1998): »Das neue Programm der Kulturpolitischen Gesellschaft – ein Beitrag aus der Sicht eines »Ostlers««, in: *Mitgliederrundbrief* Nr. 18 (I/1998), S. 3–6
- Hummel, Siegfried (1979): »Das Kommunikationszentrum im Zielsystem der Kulturpolitischen Gesellschaft«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 5, II/1979, S. 2–5
- Knoblich, Tobias J. (2025): »Kulturpolitik der Weltbeziehungen. Stichworte für eine neue kulturpolitische Debatte«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 188, I/2025, S. 57–60

- Knoblich, Tobias J. (2023): »Kulturpolitik der Weltbeziehungen. Zur Narration der Kulturpolitischen Gesellschaft«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 182, III/2023, S. 57–60
- Knoblich, Tobias J. (2021): »Zukunft durch Transformation! Es braucht eine Strukturoffensive für die Kultur und Kulturpolitik«, in: *Mitgliederrundbrief der Kulturpolitischen Gesellschaft* Nr. 108, III/2021, S. 4f.
- Kramer, Dieter (1991): »Leitbilder für die ökologische und dynamische Kommune. ›Dauerhafte Entwicklung‹ und Kommunalpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 54, III/1991, S. 49–53
- Kramer, Dieter (1986): »Stichworte zur Grundsatzdiskussion der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. 1985/86«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 32, IV/1986, S. 9–13
- Krings, Eva (1994): »Times they are a-changin'«, in: Sievers/Wagner (Hg.) (1994), S. 313–319
- Krings, Eva; Bernd Wagner (1992): »Modernisierung der Kulturpolitischen Gesellschaft«, in: *Mitgliederrundbrief* Nr. 3/1992, S. 2–5
- Krings, Eva; Andreas Roters; Norbert Sievers; Jörg Siewert; Werner Zühlke (1990): »Bausteine für eine kommunikativ und ökologisch orientierte Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 51, IV/1990, S. 16–20
- KuPoGe (2012): »Grundsatzprogramm der Kulturpolitischen Gesellschaft«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 138, III/2012, S. 24–27
- KuPoGe (1998): »Programm der Kulturpolitischen Gesellschaft«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 83, IV/1998, S. 24–31
- KuPoGe (1996): »Hagener Erklärung zur Kulturpolitik. Zwanzig Jahre Kulturpolitische Gesellschaft«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 74, III/1996, S. 58f.
- KuPoGe (1993): *Thesen zur Zukunft der Kulturpolitik* (unveröff. Manuskript), Hagen
- KuPoGe (1976): »Grundsatzpapier«, in: Sievers 1988, S. 289–293
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin: Suhrkamp
- Scheytt, Oliver (2006): »Blick zurück nach vorn – Von der neuen zur aktivierenden Kulturpolitik. 30 Jahre Kulturpolitische Gesellschaft«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113, II/2006, S. 29–37
- Scheytt, Oliver (1998): »Neuer programmatischer Konsens der Kulturpolitischen Gesellschaft«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 83, IV/1998, S. 23
- Schwencke, Olaf (1985): »Die Zukunft der Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 31, IV/1985, S. 1–3
- Sievers, Norbert (2026): *50 Jahre Kulturpolitische Gesellschaft. Organisationsgeschichte*, Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft
- Sievers, Norbert (2024): »Reflexion als Programm. Grundsatzdebatten in der KuPoGe«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 184, I/2024, S. 57–59
- Sievers, Norbert; Bernd Wagner (Hg.) (1994): *Blick zurück nach vorn. Zwanzig Jahre Neue Kulturpolitik*, Hagen/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e.V./Klartext Verlag (Edition Umbruch 5)
- Sievers, Norbert (1988): *Neue Kulturpolitik. Programmatik und Verbandseinfluß am Beispiel der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Hagen: Kulturpolitische Gesellschaft (Dokumentation 32)

- Sievers, Norbert (1985): »Grundsatzdiskussion in der Kulturpolitischen Gesellschaft«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 31, IV/1985, S. 3–7
- Wagner, Bernd (1995): »Perspektiven einer zukünftigen Kulturpolitik. Einleitung zum gleichnamigen Schwerpunkt«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 69, II/1995, S. 10–13
- Wagner, Bernd (1991): »Bausteine für eine Kulturpolitik der 90er Jahre?«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 52, I/1991, S. 45–48
- Winkler, Beate (1994): »Ein blinder Fleck. Anmerkungen zur Kulturpolitik in einer multikulturellen Gesellschaft«, in: Sievers/Wagner (Hg.) (1994), S. 155–159

Unveröffentlichte Literatur

- Deutscher Städtetag (1980): Auszug aus der Niederschrift über die 77. Sitzung des Kulturausschusses des Deutschen Städtetags am 3./4. Nov. 1980 in Stuttgart, Punkt 8: Alternative Kulturarbeit – Gespräch mit der Kulturpolitischen Gesellschaft (unv. Protokollauszug, 7 S.)